



Dr. Inge Gräßle MdEP

Brief aus Straßburg



Europa für die Menschen gestalten! - Für ein starkes Deutschland in Europa.

Liebe Leserinnen und Leser,

Europäisches Parlament stärkt Amt für Betrugsbekämpfung

einen großen Erfolg konnte ich diese Woche mit meinen Vorschlägen zur Änderung der Verordnung über die Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) erzielen. OLAF ist ein Amt der Kommission mit Sitz in Brüssel mit der Hauptaufgabe, Betrug, Korruption und andere rechtswidrige Handlungen, durch welche die finanziellen Interessen der EU geschädigt werden, zu bekämpfen. Mein Bericht befasst sich vor allem mit drei Schwerpunkten. Zum einen wurden die individuellen Rechte der von OLAF-Verfahren betroffenen Personen neu und besser geregelt. Bei OLAF beschäftigte Richter und Staatsanwälte sollen bei der Eröffnung von Verfahren, bei der Übermittlung von Informationen an die nationale Justiz und bei der Anhörung der Betroffenen für die Beachtung der Vorschriften des jeweiligen nationalen Rechts sorgen. So sollen einerseits die Verfahrensrechte der Betroffenen garantiert und andererseits die Verwertbarkeit der Ermittlungsergebnisse von OLAF vor den nationalen Gerichten gesichert werden. Beschwerden können an einen bei OLAF neu einzurichtenden, unabhängigen Verfahrensprüfer gerichtet werden, der dem Generaldirektor und dem Überwachungsausschuss zurarbeitet und auch für Beschwerden von Informanten zuständig sein soll. Das interne Verfahrenshandbuch von OLAF soll nach Anhörung von Parlament und Rat erarbeitet und im Amtsblatt veröffentlicht werden. Der zweite Schwerpunkt betrifft die Zusammenarbeit mit Drittstaaten und mit EU-Mitgliedstaaten. Hier sieht mein Vorschlag eine bislang nicht

vorhandene Rückmeldung der Mitgliedstaaten vor, wie die Ermittlungsergebnisse von OLAF aufgegriffen bzw. vor Gericht weiter behandelt werden und wurden. Einige Mitgliedstaaten wie etwa Luxemburg haben noch nie ein Gerichtsverfahren nach Übermittlung von OLAF-Untersuchungsergebnissen angestrengt. Einmal im Jahr soll ein formelles Vermittlungsverfahren zwischen Parlament und Rat unter Beteiligung der Kommission und OLAF stattfinden und die Betrugsbekämpfung sowie die damit verbundenen Fragen interinstitutionell dabei ein Thema sein. Bislang gibt es von Seiten des Rates nur wenige Diskussionen über die Bekämpfung von Betrug und Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit EU-Geldern. Im Umgang mit Drittstaaten muss die Kommission künftig die finanziellen Interessen stärker beachten. Wer EU-Gelder will, muss im Betrugsfall auch vor Gericht die Interessen der Steuerzahler der EU wahren. Der dritte Schwerpunkt betrifft den Überwachungsausschuss. Dieser Ausschuss soll die Unabhängigkeit von OLAF sichern, indem er die Ausübung der Untersuchungstätigkeit kontrolliert und gewährleistet, dass OLAF die ihm übertragenen Zuständigkeiten in voller Unabhängigkeit wahrnimmt. Alle Versuche der Kommission, die Ermittlungsergebnisse von OLAF bei Ermittlungen gegen ihr eigenes Personal besser kontrollieren zu können, wurden abgewehrt. Ermittlungsergebnisse müssen weiterhin an die zuständigen nationalen Justizbehörden gegeben werden - und zwar ohne vorherige Prüfung durch die Kommission. Mit diesen Vorschlägen ist ein großer Schritt vorwärts für die Betrugsbekämpfung und die Stärkung der Unabhängigkeit von OLAF getan.

Zehn Jahre Euro und Wirtschafts- und Währungsunion

Am 1.1.1999 wurde in der Eurozone der Euro als offizielles Zahlungsmittel eingeführt, wenn auch zunächst noch weniger sichtbar als Buchgeld im Banken- und Wertpapiersektor. Das Parlament zieht eine positive Bilanz über die ersten zehn Jahre des Euro und würdigt dessen Erfolge. Die einheitliche Währung hat die wirtschaftliche Stabilität in den Mitgliedstaaten gefördert und ist als zweitwichtigste internationale Währung nach dem US-Dollar für viele Länder weltweit eine Bezugswährung. Vor allem in der jetzigen Zeit der Finanzmarktkrise hat der Euro eine stabilisierende Wirkung. Trotz aller unbestrittenen Erfolge wird bemängelt, dass das Potential des Euro auf globaler Ebene „unzureichend ausgeschöpft“ wird, da der Euroraum weder über eine angemessen festgelegte internationale Strategie noch über eine effektive internationale Vertretung verfügt. Damit der Euroraum den Einfluss gewinnt, der seinem wirtschaftlichen Gewicht entspricht, muss die Vertretung des Euroraums gestärkt werden und letztlich einen gemeinsamen Sitz in den einschlägigen internationalen Finanzinstitutionen und -foren erhalten. Mit Blick auf die EZB verweisen die Abgeordneten des Parlaments auf ihr entscheidendes Engagement für deren Unabhängigkeit. Mittelfristig hält das Parlament eine „Europäisierung der Struktur der Finanzaufsicht“, die Transparenz der Finanzmärkte, effektive Wettbewerbsvorschriften sowie eine angemessene Regulierung für notwendig, um das Krisenmanagement und die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen System der Zentralbanken (ESZB), den

Seite 1

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu



Dr. Inge Gräßle MdEP

Brief aus Straßburg



Europa für die Menschen gestalten! - Für ein starkes Deutschland in Europa.

Aufsichtsbehörden, den Regierungen und den Marktteilnehmern zu verbessern.

Parlament unterstützt das EU-Schulobstprogramm

Das Europäische Parlament unterstützt den Vorschlag zur Einführung eines Schulobstprogramms, fordert aber deutlich mehr Geld dafür. Im Hinblick auf eine gesündere Ernährung sieht der Vorschlag der Kommission vor, den Schülern täglich Obst und Gemüse anzubieten. Das Parlament fordert, dass nur die Abgabe von frischem Obst und Gemüse gefördert wird, da dies im Gegensatz zu schon verarbeitetem Obst und Gemüse einen höheren Nährwert besitzt. Es soll möglichst vor Ort erzeugt werden, zumindest aber aus der EU stammen. Produkten aus ökologischem Anbau soll besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Das von der Kommission vorgeschlagene Budget von 90 Millionen Euro pro Schuljahr erachtet das Parlament als zu niedrig und fordert eine Erhöhung, um möglichst viele Kinder zu erreichen.

Blue Card soll ausländische Fachkräfte in die EU locken

Die Europäische Union sieht einem Mangel an Fachkräften entgegen. Innerhalb der nächsten zwanzig Jahre fehlen einer Studie zufolge EU-weit 20 Millionen ausgebildete Arbeitskräfte. Aus diesem Grund wurde nun die Blue Card-Richtlinie vom Europäischen Parlament verabschiedet. Die „EU Blue Card“ ist eine kombinierte Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung. Sie berechtigt ihren Inhaber, sich rechtmäßig in einem EU-Mitgliedstaat aufzuhalten und eine Erwerbstätigkeit auszuüben. Die Blue Card soll zunächst für drei Jahre gültig sein und

dann um zwei weitere Jahre verlängert werden können. Zu den Mindestvoraussetzungen einer Blue Card gehören ein Hochschulabschluss oder eine Berufserfahrung von mindestens fünf Jahren, davon mindestens zwei Jahre in einer Führungsposition. Nötig ist die Blue Card geworden, um im Wettbewerb gegenüber Konkurrenten wie den USA, Kanada oder Australien nicht weiter zurückzufallen. So entscheiden sich beispielsweise nur 5,5% der hochqualifizierten Migranten aus den Maghreb-Staaten (Marokko, Tunesien, Algerien) für die EU, rund 54 % aber für die USA und Kanada. Im Gegensatz dazu hat die EU die meisten unqualifizierten Arbeiter aus den Maghreb-Staaten aufgenommen. Bevor die Mitgliedstaaten über einen Antrag auf Erteilung einer EU Blue Card entscheiden, können sie die Arbeitsmarktsituation prüfen und nach ihrem Ermessen den nationalen Arbeitskräftebedarf berücksichtigen.

Deutsche Sprache soll bei Internetauftritt wichtiger werden

Das Parlament fordert den Rat auf, das Sprachangebot auf den Webseiten der Ratspräsidentschaft auf den Prüfstand zu stellen. Ein Verein zum Schutz der deutschen Sprache hatte die niederländische und luxemburgische Regierung aufgefordert, die Webseiten ihrer Ratspräsidentschaften nicht nur in Englisch und Französisch, sondern auch in Deutsch anzubieten. Mehr EU-Bürger sprechen Deutsch als Muttersprache als alle anderen EU-Sprachen. Legt man die Anzahl derjenigen EU-Bürger zugrunde, die eine Sprache als Mutter- oder Fremdsprache sprechen, liegt Deutsch an zweiter Stelle. Nachdem beide Regierungen diese Forderung abgelehnt hatten, wandte sich der

Beschwerdeführer an den Rat, welcher ebenfalls ablehnte. Dies hatte der Europäische Bürgerbeauftragte als Missstand der Verwaltungstätigkeit bezeichnet und in seinem Sonderbericht erwähnt. Daher fordert das Parlament den Rat auf, das Sprachangebot der Webseiten der Ratspräsidentschaften „insgesamt auf den Prüfstand zu stellen“. Alle zukünftigen Ratspräsidentschaften sollten ihre Webseiten „in möglichst vielen Sprachen anbieten“ und im Falle einer Einschränkung „die meistgesprochenen Amtssprachen - also vor allem Deutsch - in Anwendung einer Prioritätenfolge verwenden“.

Arbeitsprogramm der Kommission für das kommende Jahr

Für das Jahr 2009 hat die Kommission ihr Legislativ- und Arbeitsprogramm vorgelegt, zu dem das Parlament nun Stellung genommen hat. Im Bereich Wachstum und Arbeitsplätze konzentriert sich die Kommission auf Wirtschaftsreformen und vertrauensbildende Maßnahmen zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise. Im Bereich Klimawandel und nachhaltige Entwicklung steht ein erfolgreicher Abschluss der Kopenhagener Klimakonferenz an erster Stelle. Auf internationaler Ebene stehen die Beziehungen zur neuen US-Regierung, die Unterstützung des Wiederaufbaus in Georgien sowie die europäische Nachbarschaftspolitik und die EU-Erweiterung im Vordergrund. Ich vermisse in diesem Programm jedoch die wichtige Fortsetzung an den Arbeiten für die Rechtsgrundlage des Amtes für Betrugsbekämpfung und die Aufarbeitung der Veröffentlichung der Subventionsempfänger aus europäischen Geldtöpfen. Ich bedauere, dass das Arbeitsprogramm die Haushaltskontrolle vernachlässigt.

Seite 2

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu